

# Chronologie

## Juli / August\*

### Juli

**2.7.** In einer Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg spricht Staatspräsident Nicolas Sarkozy über die Ergebnisse des EU-Gipfels in Brüssel am 23. Juni 2007. Wie bereits in seinem Wahlprogramm plädiert er für eine vereinfachte Version des EU-Verfassungsvertrags, die er auf parlamentarischem Weg ratifizieren lassen möchte. Nach einer Umfrage, die die Zeitung *Le Parisien* veröffentlicht, bevorzugen 57 Prozent der Franzosen ein Referendum über den Verfassungsvertrag.

**3.7.** In der ersten Regierungserklärung seit seinem Amtsantritt stellt Premierminister François Fillon vor der Nationalversammlung sein Regierungsprogramm vor. Der UMP-Politiker, der sich als „Vollzugsbeamten“ des politischen Programms von Staatspräsident Sarkozy darstellt, kündigt eine Reform der politischen Institutionen, des Gesetzgebungsverfahrens sowie des Wahlrechts an. Ebenso plane die Regierung Reformen des Universitäts- und Bildungssystems sowie des Sozial- und Arbeitsmarktsystems. Zudem strebe er an, bis 2012 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Damit würde Frankreich dem gemeinsamen Beschluss der Euro-Länder zuwiderhandeln, bis 2010 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Nach der Erklärung sprechen 321 Abgeordnete der Regierung Fillon ihr Vertrauen aus, 224 stimmen gegen das Programm, 5 Abgeordnete enthalten sich.

**4.7.** Die stellvertretende Premierministerin und Außenministerin Israels, Tsipi Livni, besucht Frankreich und trifft mit Staatspräsident Sarkozy und Außenminister Bernard Kouchner zusammen. In einem Gespräch über neue Perspektiven des Nahost-Friedensprozesses fordert Kouchner die Freilassung weiterer palästinensischer Gefangener in Israel.

**4.7.** Im Rahmen der Teilnahme des Staatspräsidenten Sarkozy am EU-Brasilien-Gipfel in Lissabon betont der Sprecher des Präsidenten, David Martinon, die Rolle Brasiliens als „wichtiger Partner bei der Diskussion über Klimawandel und Energie“. Die Gipfelteilnehmer sprechen sich für eine „strategische Partnerschaft“ zwischen Brasilien und der EU aus.

**6.7.** Der Premierminister der kanadischen Provinz Québec, Jean Charest, trifft in Paris mit Staatspräsident Sarkozy und Außenminister Fillon zusammen. Das Treffen dient unter anderem der Vorbereitung des Frankophonie-Gipfels 2008 in Québec. Der Sprecher des Premierministers kündigt Bemühungen um die Bildung einer Freihandelszone zwischen Kanada und der EU an. Charest trifft bis zum 10. Juli weitere französische Politiker zu Gesprächen.

**8.7.** Der ehemalige Präsidentschaftskandidat der Zentrumsparterie UDF, François Bayrou, bezeichnet die Politik der „Öffnung“ von Staatspräsident Sarkozy als „Mystifikation“. Er bereitet mit seiner neu gegründeten Partei „Mouvement démocrate“ eine Teilnahme an den Kommunalwahlen im Jahr 2008 vor.

**9.7.** Entgegen den Gepflogenheiten der Euro-Gruppe nimmt Staatspräsident Sarkozy gemeinsam mit der Wirtschafts- und Finanzministerin Christine Lagarde an einer Sitzung der Finanzminister der Euro-Länder in Brüssel teil. Der Präsident bemüht sich um die Rechtfertigung seines Plans, das französische Haushaltsdefizit erst bis 2012 abzubauen. Die 13 Euro-Länder hatten sich auf einen Ausgleich der Haushaltsdefizite bis 2010 geeinigt. Die Ankündigung Sarkozys stößt bei den anderen Euro-Staaten auf heftige Kritik.

---

\* Zusammengestellt vom Programm Frankreich / deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

**10.7.** Die 27 Finanzminister der Europäischen Union einigen sich in Brüssel auf die Kandidatur des ehemaligen französischen Wirtschafts- und Finanzministers Dominique Strauss-Kahn für den Chefposten des Internationalen Währungsfonds. Staatspräsident Sarkozy hatte den Sozialisten für den Posten vorgeschlagen, der traditionell von einem Europäer besetzt wird, und damit erneut seine Strategie der „Öffnung“ gegenüber anderen politischen Lagern demonstriert. Strauss-Kahn soll die Nachfolge des Spaniers Rodrigo Rato antreten, der für Oktober 2007 überraschend seinen Rücktritt angekündigt hatte.

**11.7.** Bei einem Treffen zwischen dem französischen Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, Jean-Pierre Jouyet, und dem deutschen Staatsminister für Europa, Günter Glos, in Berlin stehen die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen sowie Themen der Europapolitik beider Länder im Mittelpunkt. Die beiden Politiker sind zugleich Beauftragte für die deutsch-französische Zusammenarbeit.

**11.7.** Auf seiner ersten außereuropäischen Reise als Staatspräsident, die ihn nach Tunesien und Algerien führt, lobt Nicolas Sarkozy die Fortschritte der wirtschaftlichen und demokratischen Entwicklung und wirbt für seinen Plan einer Mittelmeerunion zwischen den südlichen EU-Mitgliedern, den nordafrikanischen Staaten sowie Israel und der Türkei, dem Tunis mit „Interesse und Enthusiasmus“ begegnet.

**12.7.** Der ehemalige Kulturminister Jack Lang zieht sich aus der Führung des PS zurück. Er reagiert damit auf die Drohung des Parteivorsitzenden François Hollande, ihn aus der Partei auszuschließen, falls er den von Staatspräsident Sarkozy angebotenen Posten in der Kommission zur Institutionenreform annehme. Der Schritt ist nach dem Wechsel mehrerer PS-Politiker, unter anderem des jetzigen Außenministers Kouchner, in die Regierung Sarkozy ein weiterer Hinweis auf die innerparteilichen Probleme des PS.

**12.7.** Bei einem Besuch in Belgrad betont Außenminister Kouchner, dass eine Einigung über die künftige Stellung des Kosovo für Frankreich die Voraussetzung sei, eine Annäherung Serbiens an die EU zu unterstützen. Für den Fall eines Scheiterns der Verhandlungen über den Kosovo spricht sich Kouchner, ehemaliger Administrator der UN im Kosovo, für eine Fortführung des Ahtisaari-Plans aus, demzufolge der Kosovo Unabhängigkeit unter internationaler Überwachung genießen soll.

**13.7.** In Moskau wird eine Vereinbarung zwischen dem russischen Konzern Gasprom und dem französischen Unternehmen Total unterschrieben, nach der Total zu 25 Prozent an der Ausbeutung des weltgrößten Gasfelds im Norden Russlands beteiligt wird.

**14.7.** Auf Einladung der französischen Regierung treffen in La Celle-Saint-Cloud Vertreter libanesischer Parteien zu Gesprächen zusammen, um den Dialog über eine Lösung der Libanon-Krise wiederzubeleben. Seit dem Rücktritt der schiitischen Minister aus der libanesischen Regierung im November 2006 ruhen die Gespräche zwischen den oppositionellen Gruppen. Nach einem Besuch im Libanon im Mai 2007 hatte Außenminister Kouchner eine Initiative für Gespräche eingeleitet. Ohne dass Frankreich sich direkt beteilige, sollen die Gespräche dazu dienen, „das Eis zu brechen“, so Kouchner.

**16.7.** Beim deutsch-französischen Gipfeltreffen in Toulouse einigen sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident Nicolas Sarkozy darauf, die Doppelspitze beim Luft- und Raumfahrtkonzern EADS abzuschaffen. Louis Gallois wird EADS künftig alleine leiten, während sein bisheriger deutscher Amtskollege Thomas Enders die Führung bei der EADS-Tochter Airbus übernimmt. Lieferprobleme beim Großraumflugzeug A 380 und hohe Entwicklungskosten hatten den Konzern 2006 in eine schwere Krise gestürzt, die zu Stellenabbau und Plänen zur Umstrukturierung geführt hatte. In den nächsten Monaten soll eine Reform des Aktionärssystems erwogen werden. Es geht dabei unter anderem um eine Erhöhung des Aktienanteils des französischen Staates sowie die Rolle der beiden EADS-Hauptaktionäre DaimlerChrysler und der Lagardère-Gruppe. Der deutsche Staat hält keine eigenen Anteile am EADS-Konzern.

**17.7.** Staatspräsident Sarkozy stellt eine Expertenkommission zur Erarbeitung einer Institutionenreform vor, zu deren 13 Mitgliedern der ehemalige Premierminister Edouard Balladur und der Sozialist und ehemalige Kulturminister Jack Lang gehören. Am 12. Juli hatte Sarkozy seine Vorschläge für die Reform präsentiert, mit der unter anderem Ansprachen des Präsidenten vor dem Parlament, eine Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten auf zwei Mandate sowie die Einführung von Elementen des Verhältniswahlrechts bei den nächsten Parlamentswahlen ermöglicht werden sollen. Dagegen hatte sich Sarkozy gegen Vorschläge ausgesprochen, die Macht des Präsidenten deutlich einzuschränken, beispielsweise durch eine Reform des Verfassungsartikels 16 zu den Sondervollmachten des Präsidenten im Notstandsfall.

**19.7.** Der ehemalige Staatspräsident Jacques Chirac wird von einem Untersuchungsrichter zur Affäre um illegale Parteienfinanzierung vernommen. Funktionäre der UMP-Vorgängerpartei RPR sollen während der Zeit Chiracs als Pariser Bürgermeister (1977–1995) und als Vorsitzender des RPR (1976–1994) über Scheinarbeitsverträge finanziert worden sein. Chiracs Status als „Zeuge mit juristischem Beistand“ während der Untersuchung lässt auf die Annahme einer Mittäterschaft schließen. Seit dem Ende seiner Amtszeit als Staatspräsident im Juni 2007 ist auch sein Immunitätsschutz aufgehoben. Der Vertraute Chiracs und ehemalige Premierminister Alain Juppé war in derselben Affäre 2004 zu 14 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt worden.

**20.7.** Bei einem Treffen zwischen Staatspräsident Sarkozy und dem britischen Premierminister Gordon Brown stehen die französisch-britische Zusammenarbeit in den Bereichen Verteidigung, Umwelt und Terrorismusbekämpfung sowie die künftige Strategie in Darfur im Mittelpunkt. Beide Regierungschefs sprechen sich zudem für eine EU-weite Regelung zur Reduzierung der Mehrwertsteuer auf umweltschonende Produkte, unter anderem Autos, aus. Zwei Tage zuvor war Außenminister Kouchner mit seinem britischen Amtskollegen Miliband zusammengetroffen.

**22.7.** Bei einem Busunglück im Alpen-Département Isère sterben mindestens 26 polnische Pilger, viele werden verletzt. An derselben Stelle hatten sich bereits drei weitere Busunglücke ereignet. Staatspräsident Sarkozy und sein polnischer Amtskollege Lech Kaczynski besuchen die Verletzten im Krankenhaus von Grenoble.

**24.7.** Nach achtjähriger Haft in Libyen treffen fünf bulgarische Krankenschwestern und ein palästinensischer Arzt gemeinsam mit der Ehefrau des Staatspräsidenten, Cécilia Sarkozy, in Sofia ein. Die sechs waren 1999 unter dem Vorwurf, 438 libysche Kinder absichtlich mit dem HI-Virus infiziert zu haben, zum Tode verurteilt worden, obwohl Gutachten ihre Unschuld belegt hatten. Der libysche Justizrat hatte das Todesurteil am 17. Juli in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt und so die Auslieferung an Bulgarien ermöglicht. Ebenso wie Vertreter der EU hatte sich Cécilia Sarkozy vor Ort um die Freilassung der Angeklagten bemüht und diese in einem französischen Flugzeug nach Sofia begleitet, wo die Freigelassenen vom bulgarischen Staatspräsidenten begnadigt wurden. Der persönliche Einsatz Cécilia Sarkozys ist bei Vertretern anderer EU-Staaten, die an den langjährigen Verhandlungen beteiligt gewesen waren, umstritten.

**25.7.** Bei einem Treffen in Libyen vereinbaren Staatspräsident Sarkozy und Libyens Regierungschef Muammar al-Gaddafi die Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Rüstung und Energie. Sarkozy stellt die Lieferung eines französischen Atomreaktors an Libyen in Aussicht. Die Firma MDBA, eine Tochter des EADS-Konzerns, verhandelt zudem mit Libyen über die Lieferung eines Panzerabwehrsystems. Nach der Lösung des Konflikts um die bulgarischen Krankenschwestern und den palästinensischen Arzt sowie langjährigen Bemühungen Libyens um internationale Anerkennung, beispielsweise durch Einstellung seines geheimen Atomwaffenprogramms 2004, zeigen sich auch andere Staaten, darunter die USA, an einer Verbesserung der Beziehungen zu Libyen interessiert. Zugleich äußern sie sich kritisch über das französisch-libysche Atomabkommen. Insbesondere die Bundesregierung bezeichnet den Plan als „politisch problematisch“. Von Kritikern wird die Aufnahme von Geschäftsverhandlungen zudem häufig als „Gegenleistung“ für die Freilassung der bulgarischen Angeklagten bezeichnet.

**26.7.** Bei einem Besuch im Senegal verurteilt Staatspräsident Sarkozy die „Fehler und Verbrechen“ der Kolonialzeit, lehnt es jedoch ab, darin die alleinigen Ursachen für aktuelle Probleme Afrikas zu sehen. Vielmehr sei „der Afrikaner nie ausreichend in die Geschichte eingetreten“ und habe sich nie auf „Fortschritt“ und „Zukunft“ eingelassen. Die Rede Sarkozys wird von afrikanischen Politikern, darunter dem Präsidenten der Afrikanischen Union, Alpha Oumar Konaré, und Pressevertretern mit Kritik aufgenommen. Sarkozy reist im Anschluss weiter nach Gabun.

**27.7.** Gegen den ehemaligen Premierminister Dominique de Villepin wird im Zusammenhang mit der „Clearstream“-Affäre ein Ermittlungsverfahren eröffnet. Ihm wird „Mittäterschaft bei verleumderischer Denunziation“ gegenüber dem heutigen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy vorgeworfen. De Villepin soll 2004 versucht haben, Sarkozy durch die Verbreitung gefälschter Kontodaten, auf denen der Name des Präsidenten auftaucht, zu schaden. Die Kontodaten hatten nahe gelegt, dass Sarkozy und andere Vertreter aus Politik und Wirtschaft in Schmiergeldzahlungen im Zusammenhang mit einem Waffengeschäft mit Taiwan verwickelt gewesen waren.

**28.7.** Nach der Nationalversammlung billigt auch der Senat das als „Gesetz zu Arbeit, Beschäftigung und Kaufkraft“ bekannte Steuerpaket der Regierung Sarkozy. Es sieht eine Steuerfreistellung von Überstunden, eine Steuer- und Abgabengrenze bei 50 Prozent des Einkommens sowie eine Einschrän-

kung der Vermögenssteuer, beispielsweise durch die Erhöhung des Abschlags für den Hauptwohnsitz von 20 auf 30 Prozent, vor. Bei der linken Opposition stößt das Paket als „Geschenk an die Reichen“ auf Kritik. Unter anderem auf Grund der Steuerausfälle in Folge der Reformen sieht sich Frankreich erst 2012 in der Lage, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, was von der EU heftig kritisiert wird.

**29.7.** Mit 79 Jahren stirbt der französische Schauspieler Michel Serrault. Der 1928 geborene Künstler war drei Mal mit dem Filmpreis „César“ ausgezeichnet worden, unter anderem 1979 für die Komödie „Ein Käfig voller Narren“.

**30.7.** Der Spanier Alberto Contador vom Team „Discovery Chanel“ gewinnt die 94. Tour de France. Sie ist geprägt von zahlreichen Doping-Skandalen, die im Vorfeld und während des Verlaufs der Tour zum Ausschluss mehrerer Spitzenfahrer geführt hatten.

**31.7.** Premierminister Fillon kündigt an, dass im Jahr 2008 die Stellen von 22 700 aus dem Dienst scheidenden Staatsbediensteten nicht neu besetzt werden sollen. Der französische Staat hofft dadurch auf Einsparungen zwischen 700 und 800 Millionen Euro. Sie sollen zur Reduzierung des Staatsdefizits, zur Schaffung neuer Stellen vor allem im Justizsektor und im Hochschulwesen, sowie zu Gehaltserhöhungen für die übrigen Staatsbediensteten verwendet werden. Im Wahlkampf hatte Staatspräsident Sarkozy noch die Streichung jeder zweiten Stelle im öffentlichen Dienst angekündigt, was circa 40 000 Stellen entsprochen hätte. Die Ankündigung stößt vor allem bei den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes auf Kritik.

## August

**1.8.** Der französische Elektrotechnikkonzern Schneider Electric gibt die Übernahme des amerikanischen Unternehmens Pelco für 1,5 Milliarden Euro bekannt. Pelco ist Weltmarktführer im Bereich von Videoüberwachungssystemen.

**1.8.** Der französische Atomkonzern Areva unterschreibt neue Verträge zur Uranförderung mit Niger, dem fünfgrößten Uranproduzenten der Welt. Damit scheint eine Krise beendet, in deren Verlauf im Juli 2007 der Regionalchef des Areva-Konzerns, Dominique Pin, des Landes verwiesen worden war. Niger hatte ihm und dem Konzern Unterstützung der Tuareg-Rebellion im Norden des Landes vorgeworfen. Die neuen Verträge brechen mit dem langjährigen Monopol von Areva in der

nigerianischen Uranproduktion und ermöglichen so dem nigerianischen Staat steigende Einnahmen durch dem Weltmarkt angepasste Uran-Preise.

**2.8.** In einem Interview mit der Zeitung *Le Figaro* unterstreicht der Präsident der Elfenbeinküste Laurent Gbagbo seine Genugtuung über das Ende der Ära Chirac und den Abgang von Premierminister Dominique de Villepin. Gbagbo fordert Frankreich auf, sich von nun an nicht mehr in die Angelegenheiten der Elfenbeinküste einzumischen.

**5.8.** Der frühere Erzbischof von Paris, Kardinal Jean-Marie Lustiger, stirbt im Alter von 80 Jahren an einem Krebsleiden. Der gebürtige Jude Lustiger, dessen Eltern von den Nationalsozialisten verfolgt worden waren, war eine der einflussreichsten Persönlichkeiten in der katholischen Kirche Frankreichs.

**7.8.** Der französische Baukonzern Saint-Gobain kauft den schwedischen Mörtel-Hersteller Matix für 2,1 Milliarden Euro. Matix war bis dato eine Tochtergesellschaft des größten deutschen und weltweit viergrößten Zementherstellers HeidelbergCement.

**10.8.** Ein Gesetz tritt in Kraft, nach dem Mindeststrafen für Wiederholungstäter, insbesondere für jugendliche Straftäter, eingeführt werden. Es geht auf eine Wahlkampfinitiative von Staatspräsident Sarkozy zurück. Die Opposition kritisiert den „repressiven Charakter“ der neuen Gesetzgebung.

**11.8.** Im Rahmen einer Urlaubsreise in die Vereinigten Staaten wird Staatspräsident Sarkozy vom amerikanischen Präsidenten George W. Bush und dessen Frau Laura zu einem informellen Treffen in der Sommerresidenz der Familie Bush in Kennebunkport im US-Bundesstaat Maine empfangen. Im Mittelpunkt ihrer Gespräche stehen internationale Themen wie die Irak-Krise und der Kampf gegen den Terrorismus. Bush bezeichnet Sarkozy als einen Mann „mit gutem Verstand, guter Vision und gutem Willen“. Der Sprecher des Weißen Hauses, Tony Snow, hatte im Vorfeld vom möglichen Beginn einer neuen Ära in den französisch-amerikanischen Beziehungen gesprochen. Sarkozys Vorgänger Chirac hatte den Vereinigten Staaten deutlich kritischer gegenüber gestanden und insbesondere die amerikanische Intervention im Irak abgelehnt.

**13.8.** Vor der französischen Insel Mayotte im Indischen Ozean kentert ein Boot mit knapp 40 Flüchtlingen an Bord. Mindestens 17 Personen kommen dabei ums Leben. Die von der ostafrikanischen Inselgruppe der Komoren stammenden

Flüchtlinge hatten versucht, auf der zu Frankreich gehörenden Insel aufgenommen zu werden. Jedes Jahr kommen in dieser Gegend zwischen 100 und 200 Flüchtlinge bei dem Versuch ums Leben, illegal in die Europäische Union einzuwandern.

**18.8.** Auf der ersten Pressekonferenz des PS nach der Sommerpause in Toulon bilanziert der Parteivorsitzende Hollande die ersten 100 Tage der Amtszeit von Staatspräsident Sarkozy. Er kritisiert dabei vor allem die Steuerpolitik der Regierung Sarkozy, die allein den Wohlhabenden zugute komme.

**19.8.** Außenminister Kouchner reist auf Einladung des irakischen Präsidenten Talabani als erster französischer Außenminister seit dem Sturz Saddam Husseins 2003 und der Entscheidung Frankreichs, sich nicht am Irak-Einsatz zu beteiligen, in den Irak. Der Besuch gilt als erster Schritt zu einem neuen „Gleichgewicht in der Beziehung“ zwischen Frankreich und dem Irak. Kouchner trifft während seines Aufenthalts mit Vertretern der verschiedenen Bevölkerungsgruppen des Irak zusammen.

**20.8.** Der französische Nahrungsmittelkonzern Danone legt offiziell sein Übernahmeangebot für den niederländischen Hersteller für Babynahrung Numico vor, der weltweit 13 000 Angestellte beschäftigt. Der Kaufpreis soll bei 12,3 Milliarden Euro liegen. Der Chef des Danone-Konzerns, Franck Riboud, hofft, damit „einen der mächtigsten Konzerne weltweit“ in dieser Branche zu schaffen. Der Konzern nähert sich mit dem Kauf dem Konkurrenten Nestlé an, der im April den US-amerikanischen Hersteller von Babynahrung Gerber gekauft hatte.

**27.8.** In einer Grundsatzrede zur Außenpolitik im Rahmen der jährlichen Botschafterkonferenz in Paris spricht sich Staatspräsident Sarkozy für einen konkreten Zeitplan für den Abzug ausländischer Truppen aus dem Irak sowie für einen ständigen Sitz von Deutschland, Japan, Brasilien und Indien im UN-Sicherheitsrat aus. Ebenso plädiert er für die Erweiterung der G8-Gruppe um China, Indien, Brasilien, Mexiko und Südafrika. Zur Formulierung der künftigen Ziele Europas fordert Sarkozy die Ernennung eines „Rats der Weisen“, dessen Einsetzung er zur Bedingung für die Unterstützung Frankreichs für weitere Verhandlungen zwischen der EU und der Türkei macht. Diese könnten zum Beitritt, aber auch zu einer Partnerschaft führen. Als zentrales außenpolitisches Problem benennt Sarkozy den Atomkonflikt mit dem Iran; der iranische Besitz einer Atombombe sei „inakzeptabel“. Außenminister Kouchner distanziert sich in seiner Rede von den Positionen Sarkozys, insbesondere in Bezug auf die französisch-amerika-

nischen Beziehungen, indem er die Nahostpolitik der USA kritisiert und erklärt, ein „demokratischer Imperialismus“, beispielsweise zur Durchsetzung von Menschenrechten, sei zum Scheitern verurteilt.

**27.8.** Der „Haut Conseil de l'Education“ des Bildungministeriums legt einen Bericht vor, demzufolge 40 Prozent der französischen Schüler die Grundschule mit „ungenügenden“ Ergebnissen verlassen. Der Bericht wirft den Bildungsinstitutionen „Resignation“ vor und merkt „dringenden Handlungsbedarf“ an.

**27.8.** Nach einer Umfrage des Instituts TNS Sofres für die Zeitung *Le Figaro* beurteilen 71 Prozent der Franzosen die ersten 100 Tage der Amtszeit von Staatspräsident Sarkozy positiv, insbesondere im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Justizpolitik. Nur circa die Hälfte der Befragten befürwortet dagegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung.

**27.8.** Außenminister Kouchner entschuldigt sich offiziell für eine Aussage gegenüber dem Nachrichtenmagazin *Newsweek*, in der er den Rücktritt des irakischen Ministerpräsidenten Nuri al-Maliki und seiner Regierung wegen Handlungsunfähigkeit gefordert hatte. Seine Kritik an al-Maliki hält er jedoch aufrecht. Die beiden Minister waren bei einem Besuch Kouchners im Irak am 19. August zusammengekommen.

**28.8.** Bei seinem ersten Besuch als Staatspräsident auf Korsika kündigt Sarkozy eine Wiederbelebung des Korsika-Dialogs an, in dem vor allem die Frage der inhaftierten korsischen Nationalisten sowie der korsischen Sprache von Bedeutung sein soll.

**30.8.** Bei einer Tagung des Arbeitgeberverbands Medef läutert Staatspräsident Sarkozy nach dem im Juli verabschiedeten Gesetzespaket zu „Arbeit, Beschäftigung und Kaufkraft“ die zweite Phase seiner Wirtschaftsreformen ein. Als Kernelemente nennt er eine Belebung der Konkurrenz, beispielsweise durch eine Lockerung der Ladenöffnungszeiten, eine Neudiskussion der Sozialabgaben, eine Überarbeitung des Wirtschaftsrechts zu Gunsten der Unternehmer sowie eine zunehmende Lockerung der 35-Stunden Woche. Die Kommission „Attali“, beauftragt mit der Erarbeitung von Maßnahmen zur wirtschaftlichen Liberalisierung, nimmt dazu heute ihre Arbeit auf. Die Präsidentin des Medef, Laurence Parisot, fordert in ihrer Rede eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters. Die Vorschläge stoßen bei den Gewerkschaften auf massiven Widerstand.